

## Streiks an kommunalen Krankenhäusern

---

Nachdem sich eine deutlichen Mehrheit von 97,1 Prozent der Ärzte an den kommunalen Krankenhäusern für Streiks ausgesprochen hatten, begann eine erste Streikwelle in vier Bundesländern am 26. Juni 2006. Der Vorsitzende des MB, Dr. Frank Ulrich Montgomery, bezeichnete die hohe Zustimmung zum Streik als Quittung für eine schier unerträgliche Arbeitgeberarroganz. Während der Tarifverhandlungen zeigte die Vereinigung kommunaler Arbeitgeberverbände (VKA) zu keinem Zeitpunkt ernsthafte Absichten, einen arzt spezifischen Tarifvertrag zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen abzuschließen.

Viele Jahre lang hätten die Verantwortlichen in den Kommunen die Augen fest verschlossen vor den erschreckenden

Arbeitsbedingungen der Krankenhausärzte. Dr. Montgomery: „Dieser Streik ist ein Befreiungsschlag der Ärzte, die überlange Arbeitszeiten, zu viel Bürokratie, kaum Freizeit, unbezahlte Überstunden und zu geringes Gehalt nicht länger akzeptieren wollen.“ Aus diesem Grund bestehe die Medizinergewerkschaft ebenso wie bei den Universitätskliniken auch bei den kommunalen Krankenhäusern auf den Abschluss eines eigenen arzt spezifischen Tarifvertrages. Nur mit einem originären Ärzte-Tarif könne die spezielle Arbeitssituation der Ärzte verbessert werden.

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund appellierte an die Ärztegwerkschaft, die kommunalen Krankenhäuser nicht zu bestreiken. Die Situation dort sei eine

ganz andere als bei den Universitätskliniken. Ärzte verdienten dort mehr bei weniger Bereitschaftsdiensten. Außerdem sei die Finanzlage in den Kommunen jetzt schon angespannt. Ein Streik würde die Krankenhäuser nur in die Privatisierung treiben.

Zum Redaktionsschluss dieses Heftes (30. 6. 2006) streikten in 52 Städten von 11 Bundesländern 11.500 Ärzte an kommunalen Krankenhäusern für einen ärzte spezifischen Tarifvertrag und bessere Arbeitsbedingungen.

Zur gleichen Zeit liefen Vorbereitungen für Warnstreiks des medizinischen Pflegepersonals.